



Bürgerbeteiligung und Bürgerhaushalte einfach nebensächlich?

Die Sichtweise der kommunalen Entscheidungsträger/innen in Deutschland

Lars Holtkamp • Caroline Friedhoff

Bürgerbeteiligung in Deutschland

Bürgerbeteiligung steht schon seit den 1990er Jahren hoch im Kurs. Seitdem vergeht kaum ein kommunalpolitischer Kongress oder kommunalwissenschaftliches Symposium, in dem nicht die Leistungen von Bürgerbeteiligung und Bürgerhaushalten angepriesen werden. Insbesondere aufgrund von Modeworten wie »partizipative Governance« oder »Good Governance« (1) wird erwartet, dass anspruchsvolle Beteiligungsangebote auf dem Vormarsch sind. So wird ohne empirischer Belege durch Zeitreihenanalysen behauptet, dass »dialogorientierte Verfahren der Bürgerbeteiligung wie Bürgerhaushalte, Bürgerinnenräte, Zukunftskonferenzen und Planungszellen in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmende Verbreitung in Europa« (2) finden. Dies gelte insbesondere für den Bürgerhaushalt. »Nahezu alle größeren Städte und eine Vielzahl von Kommunen haben Bürgerhaushalte bereits implementiert oder planen diese.« (3) Da wird man wohl sagen müssen, dass eher der Wunsch der Vater des Gedankens ist, denn die Beteiligungsrealität in der kommunalen Praxis ist deutlich ernüchternder.

So konnte in wiederholten Befragungen der kommunalen Entscheidungsträger in NRW gezeigt werden, dass der Einsatz von runden Tischen in den letzten Jahren deutlich abgenommen hat (4). Also gibt es zumindest in NRW keinen Grund für Partizipationseuphorie. Was denken aber die kommunalen Entscheidungsträger/innen als die zentralen »gate keeper« für Partizipation in Deutschland aktuell über Bürgerbeteiligung und Bürgerhaushalte?

In unserem DFG-Projekt »Ursachen kommunaler Haushaltsdefizite« (5) haben wir die kommunalen Entscheidungsträger/innen auch zu Bürgerbeteiligung und Bürgerhaushalten befragt. Dazu wurden in diesem Rahmen durch die schriftliche Befragung über 4.000 Ratsmitglieder in Kommunen zwischen 20.000 und 100.000 Einwohner/innen in Sachsen, Brandenburg, Baden-Württemberg und NRW angeschrieben und eine Rücklaufquote von immerhin 41 Prozent erreicht. Zudem wurden sämtliche Bürgermeister/innen in allen deutschen Städten über 10.000 Einwohner/innen befragt. Die Rücklaufquote betrug knapp 55 Prozent. Insbesondere durch die Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände konnte dieser für eine Bürgermeisterbefragung sehr hohe Rücklauf erzielt werden.

Als erstes legten wir den Entscheidungsträger/innen die Aufgabe vor, fünf kommunale Ziele ihrer Rangfolge nach zu ordnen. Zur Auswahl standen Wohlstand durch gute Bedingungen für örtliche Wirtschaftsunternehmen, Erhaltung und Ausbau der Gemeinde als attraktiver Wohnort, Verwirklichung eines hohen Maßes an sozialer Gerechtigkeit, Förderung von Bürgerbeteiligung und ehrenamtlichen Engagements sowie Sicherstellung des sparsamen Wirtschaftens der Gemeindeverwaltung.



Die meisten Ratsmitglieder setzten Bürgerbeteiligung auf den letzten oder vorletzten Platz. Alle anderen Ziele waren also aus Sicht der Ratsmitglieder durchschnittlich wichtiger als die Förderung von Bürgerbeteiligung. In der Befragung aller bundesdeutschen Bürgermeister/innen belegte die Förderung von Bürgerbeteiligung ebenfalls den letzten Platz (6). Im Vergleich zu anderen wichtigen Zielen der Kommunalpolitik ist also Bürgerbeteiligung eher nebensächlich. Hierzu passt auch, dass in der Bürgermeisterbefragung nur 7,9 Prozent der Bürgermeister/innen darüber berichten, dass der Bürgerhaushalt seit 2000 schon mal in ihrer Stadt durchgeführt wurde. Dies deckt sich auch mit den Ergebnissen anderer repräsentativer Befragungen der Stadtverwaltungen, in denen deutlich wird, dass anspruchsvolle Formen der Bürgerbeteiligung nur von sehr wenigen Kommunen eingesetzt werden (7). Es dominieren die normalen, formal vorgeschriebenen Formen der Bürgerbeteiligung im Planungsrecht. Die Verwaltung ist mit diesen minimalen Beteiligungsangeboten zufrieden, während die Bürger/innen sich deutlich intensivere Beteiligungsformen wünschen (8).

Das erinnert stark an die empirische Ernüchterung der Reformer/innen nach der ersten Partizipationswelle Ende der 1970er Jahre, die insbesondere durch Änderungen im Städtebaurecht und in der Bauleitplanung ausgelöst wurde. Zu dieser Zeit waren schon viele anspruchsvolle Beteiligungsmodelle in Wissenschaft und Praxis konzipiert worden, aber der Alltag der Bürgerbeteiligung wurde auch damals von »Routinen, die vornehmlich auf eine Minimierung der Kosten und des Aufwandes für die Bürgerbeteiligung zielten« (9) geprägt. Die Bürgerversammlung als Routineveranstaltung stellte »für die Verwaltung eine relativ ›bequeme‹ Form der Bürgerbeteiligung dar, denn in ihrem Rahmen entwickelt sich selten ein substantieller Dialog zwischen Bürger/innen und Verwaltung, der die Verwaltung über eine Darstellung ihrer Position hinaus dazu nötigen könnte, ihre Planungsvorlagen inhaltlich zur Disposition zu stellen« (10). Daran hat sich offensichtlich weniger geändert als Konzepte von good oder partizipativer Governance glauben machen wollen. Anspruchsvollere Bürgerbeteiligung ist in der Fläche offensichtlich immer noch eher die Ausnahme als die Regel.

Bürgerhaushalte als besondere Form der Bürgerbeteiligung

Problemstellungen

Im Falle des Bürgerhaushalts kommen noch einige schwerwiegende Probleme hinzu. Der Einsatz von Bürgerhaushalten kann unfraglich den Bürger/innen verdeutlichen, dass es die Stadt mit der Mitmachdemokratie wirklich ernst meint und zugleich das Interesse an Haushaltsfragen und Kommunalpolitik erhöhen.

Allerdings hat die Wissenschaft dies bisher nur für sehr aufwändige Bürgerhaushalte, wie in Berlin-Lichtenberg, bestätigt (11), die sich viele Kommunen mit massiven Kassenkreditproblemen gar nicht leisten können. Hier schreitet bereits die Haushaltsaufsicht ein und untersagt kostenintensive Bürgerforen und runde Tische (12). Deshalb verwundert es auch nicht, dass »nur in den Städten mit einem ausgeglichenen Haushalt eine Bürgerbeteiligung am Haushalt langfristig etabliert werden konnte« (13). Diese »Schönwetterzeiten« des ausgeglichenen Haushalts sind aber für viele Kommunen unwiderruflich vorbei und trotz kommunaler Entschuldungsfonds steigen die Kassenkredite in den meisten Kommunen immer weiter (14). Da kann die Wissenschaft noch so stark an die Haushaltsaufsicht appellieren, auch kostenintensive Beteiligungsverfahren zuzulassen oder gar

vorzuschreiben (15), dadurch werden sich die seit Jahrzehnten konstant restriktiven Handlungs- und Haushaltsspielräume nicht ändern. Wer die Kommunen adäquat wissenschaftlich beraten will, sollte diese schwierigen Rahmenbedingungen schon ins Kalkül einbeziehen. Sonst werden bald wieder einige »Blümenträume« (16) platzen.

Vor dem Hintergrund der Haushaltskrise bewerten die befragten Ratsmitglieder die Rolle der Bürger/innen eher kritisch. Eine sehr große Mehrheit der Ratsmitglieder geht davon aus, dass die Bürger/innen sich nicht stärker für die kommunale Haushaltspolitik interessieren und auch nicht die Kompetenz haben sich sinnvoll an der Haushaltsplanung zu beteiligen (siehe Abbildung 1).

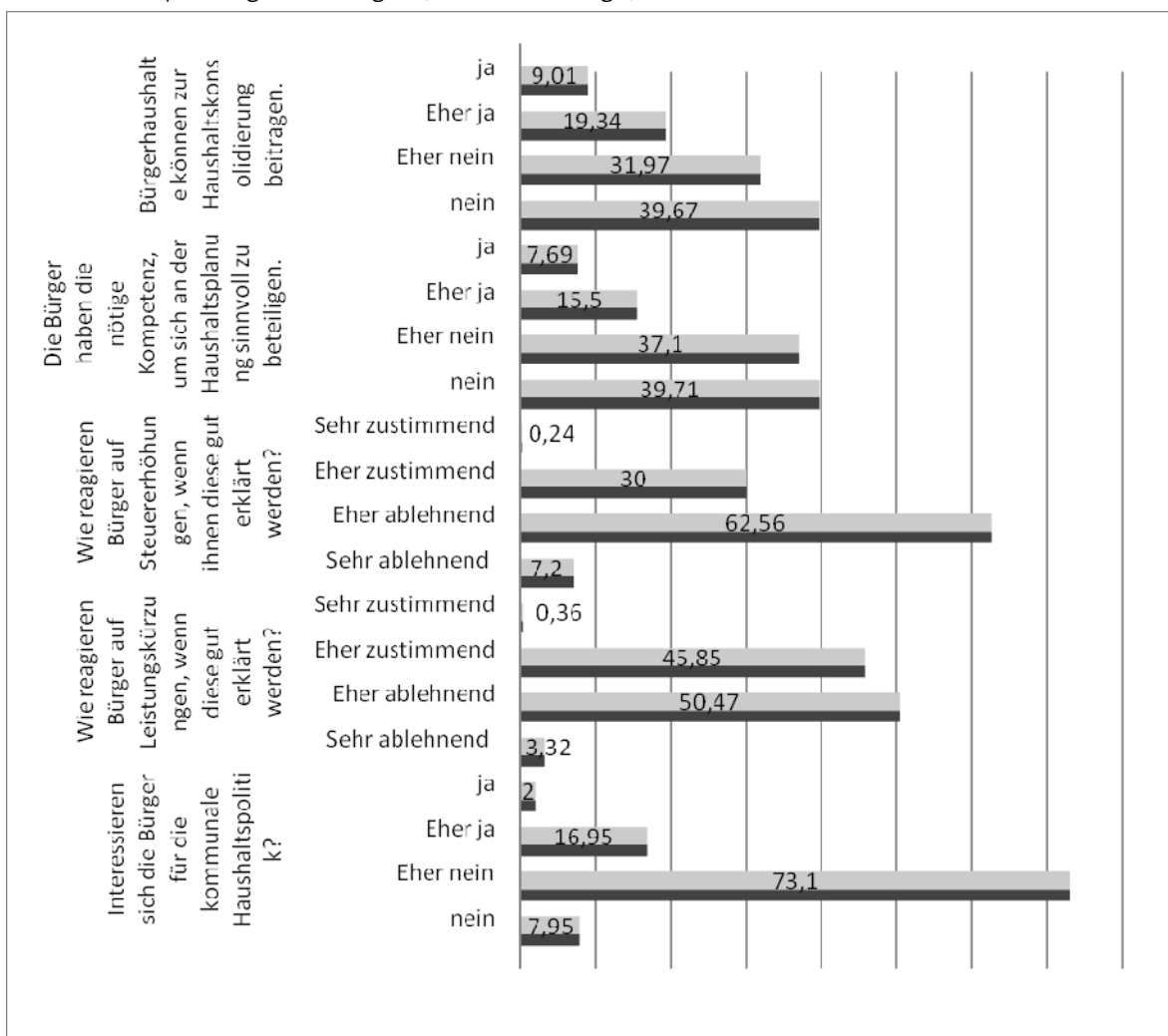


Abbildung 1: Bürgerhaushalte aus Sicht der Ratsmitglieder in Prozent



Mehrheitlich sind sie auch der Meinung, dass die Bürger/innen (eher) Ausgabenreduzierung und Steuererhöhungen ablehnen, selbst wenn man sie ihnen verständlich erklärt. Folgerichtig sind gut 70 Prozent der befragten Ratsmitglieder der Meinung, dass der Bürgerhaushalt (eher) keinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten kann. Wenn sich diese Position der Ratsmitglieder bei weiter steigenden Kassenkrediten nicht ändert, wird der Bürgerhaushalt weiterhin Nebensache bleiben.

Als zweites Problem sehen die kommunalen Entscheidungsträger/innen, dass durch den Bürgerhaushalt die Entscheidungskompetenzen des Gemeinderats eingeschränkt werden. Immerhin gut 42 Prozent der befragten Ratsmitglieder sehen die Entscheidungskompetenzen des Gemeinderats durch den Bürgerhaushalt ausgehöhlt, so dass das Eigeninteresse am Bürgerhaushalt nicht besonders ausgeprägt sein dürfte. Viele Kommunalpolitiker/innen sehen das Budgetrecht als die Kernkompetenz («das Königsrecht») des Kommunalparlaments an. Wenn man berücksichtigt, dass der Stadtrat in den letzten Jahrzehnten durch die Reform der Gemeindeordnungen in den meisten Bundesländern (Einführung von Bürgerbegehren und direkt gewählten Bürgermeistern) bereits in erheblichem Maße Kompetenzen abgeben musste, ist das Misstrauen gegenüber dem Bürgerhaushalt nachvollziehbarer, aber lässt große Umsetzungsdefizite bei den Beteiligungsergebnissen erwarten (17). Dies bestätigt sich in unserer deutschlandweiten Bürgermeisterbefragung. Fast 70 Prozent der Bürgermeister/innen, die über Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt verfügen, können der Aussage, dass Ergebnisse eines Bürgerhaushaltes oft umgesetzt werden (eher) nicht zu stimmen. Es scheint also so, dass viele Bürgerhaushalte eher als »Participation« (18) einzuordnen sind. Bürgerbeteiligung wird medial inszeniert ohne Wirkungen auf den politischen Willensbildungsprozess zu entfalten. Die Nachhaltigkeit der Partizipation in vielen Bürgerhaushalten hat Brigitte Geißel deshalb jüngst wie folgt treffend beurteilt:

»In den meisten Kommunen sind Bürgerhaushalte mehr oder weniger neue Formen des Vorschlagswesens, d. h. die Bürger können – wie auch ohne Bürgerhaushalt möglich – Vorschläge einbringen, über deren Annahme oder Ablehnung letztlich die Gemeindevertretung entscheidet [...] So ist es kaum erstaunlich, dass sich allerorten in Politik, Verwaltung und Bürgerschaft eher ein gewisser Unmut breit macht und einige Kommunen den Bürgerhaushalt schon wieder beendet haben bzw. ihn beenden. Der Bürgerhaushalt könnte ein ähnliches Ende nehmen wie die Lokale Agenda 21, die ja nach den ersten hochliegenden Hoffnungen fast sang- und klanglos verschwunden ist« (19).

Das ist zumindest dann zu erwarten, wenn nicht näher die Potenziale des Bürgerhaushalts gerade in der virulenten Haushaltskrise herausgearbeitet werden.

Potenziale

Immerhin verbinden die kommunalen Entscheidungsträger/innen mit Bürgerhaushalten mehrheitlich die Möglichkeit, den Haushalt für die Bürger/innen transparenter zu gestalten. Zudem haben die Ratsmitglieder mit Bürgerhaushalterfahrungen zum Teil positivere Positionen zu diesem Beteiligungsinstrument. In hoch signifikantem Maße (20) sind Ratsmitglieder mit Bürgerhaushalterfahrungen eher als ihre Kolleg/innen ohne Erfahrung der Meinung, dass die Bürgerinnen und Bürger die nötige inhaltliche Kompetenz für den Bürger-

haushalt mitbringen und dass durch den Bürgerhaushalt nicht die Entscheidungskompetenzen des Gemeinderats ausgehöhlt werden. Die Erfahrungen sind also durchaus etwas positiver, wobei dies nicht für den Konsolidierungsbeitrag des Bürgerhaushalts gilt.

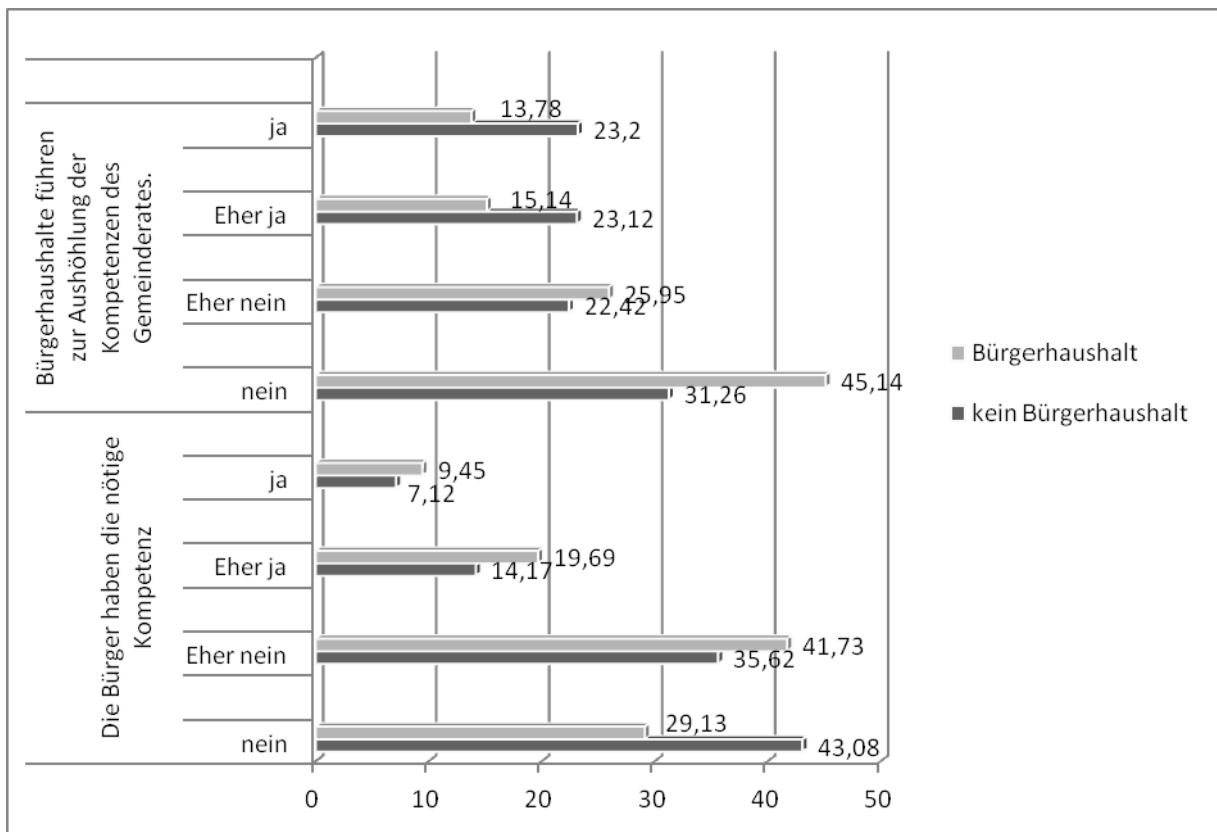


Abbildung 2: Bürgerhaushalte aus Sicht der Ratsmitglieder mit und ohne Bürgerhaushaltserfahrungen

Hier wird man allerdings angesichts der vorliegenden Evaluationen zu Sparbürgerhaushalten durchaus eine abweichende Position begründet vertreten können. Wenn Bürgerhaushalte im Zuge eines Partizipationsmanagements gut konfiguriert werden, ist es schon möglich Mehrheiten in der Bevölkerung für einzelne Konsolidierungsmaßnahmen zu finden (21) und das könnte den Bürgerhaushalt bei steigenden Kassenkrediten attraktiver machen.

Voraussetzung hierfür ist es, dass der Bürgerhaushalt von einem »Wunschkonzert« zu einem Konsolidierungsinstrument »umfunktioniert« wird, wie es in der kommunalen Praxis vorgeschlagen wird. (22) Die nordrhein-westfälischen Großstädte Essen (ca. 570.000 Einwohner) und Solingen (ca. 155.000 Einwohner) haben beide in den letzten Jahren ausschließlich auf das Thema Haushaltskonsolidierung ausgerichtete Verfahren der Bürgerbeteiligung durchgeführt. Die Stadt Essen stand während der ersten »bürgerbeteiligten Haushaltskonsolidierung« im Jahr 2010 kurz vor der bilanziellen Überschuldung. Die Bürgerbeteiligung bezog sich auf den Entwurf



des Haushaltssicherungskonzeptes und fand ausschließlich online statt. Von den insgesamt 165 im Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen wurden 78 Maßnahmen in einem Internetforum zur Abstimmung und Diskussion gestellt. Über 3.700 Nutzer/innen registrierten sich, um im Internetforum in der dreiwöchigen Beteiligungsphase abstimmen, diskutieren und eigene Konsolidierungsvorschläge unterbreiten zu können. Damit lag die Beteiligungsquote bei 0,8 Prozent der Wahlberechtigten und somit auf dem Beteiligungslevel der Bürgerhaushalte in Frankfurt 2011 (0,7 %) und Köln 2011 (0,9 %) (23).

Die Konsolidierungssumme der 78 von der Verwaltung geplanten Maßnahmen in Essen, die im Beteiligungsverfahren thematisiert wurden, belief sich auf ca. 244 Mio. Euro. 28 der 78 von der Verwaltung vorgeschlagenen Haushaltssicherungsmaßnahmen wurden in den Abstimmungen des Beteiligungsverfahrens mehrheitlich unterstützt. Das finanzielle Volumen der von den Teilnehmern mehrheitlich unterstützten Konsolidierungsvorschläge belief sich auf ca. 117 Mio. Euro und somit 48 Prozent der von der Verwaltung insgesamt angestrebten Konsolidierungssumme. Die Unterstützung der Haushaltskonsolidierung durch die Bürger/innen variierte zwischen den verschiedenen Themenbereichen erheblich. So erhielten die von der Verwaltung geplanten Konsolidierungsmaßnahmen im Bereich Kinder-Familie-Jugend-Soziales beispielsweise nur eine Unterstützung von insgesamt 11 Prozent des geplanten Konsolidierungsvolumens. Demgegenüber lag die Zustimmung im Bereich Politik und Verwaltung beim Höchstwert von 85 Prozent.

Die »bürgerbeteiligte Haushaltssicherung« der Stadt Solingen bezog sich im Jahr 2010 ebenfalls auf den Entwurf des HSK. Um die bilanzielle Überschuldung der Stadt im Jahr 2013 zu verhindern, sollte ein Konsolidierungsvolumen von 45 Mio. Euro realisiert werden. Die Verwaltung unterbreitete dem Rat hierzu 248 Konsolidierungsvorschläge. Davon wurden 78 Vorschläge mit einem Finanzvolumen von 22 Mio. Euro in einem Internetforum drei Wochen lang zur Diskussion und Abstimmung gestellt. Mit fast 3.600 registrierten Teilnehmer/innen und somit 2,8 Prozent der Wahlberechtigten lag die Beteiligung an der bürgerbeteiligten Haushaltssicherung in Solingen weit über den Beteiligungszahlen fast aller Bürgerhaushalte in Deutschland.

63 der 78 von der Verwaltung vorgeschlagenen Haushaltssicherungsmaßnahmen wurden in den Abstimmungen des Beteiligungsverfahrens mehrheitlich unterstützt. Bei den Abstimmungen votierte jeweils eine große Mehrheit der Teilnehmer/innen für die Schließung von mehreren städtischen Einrichtungen. Abstimmungsmehrheiten fanden sich beispielsweise für den Abriss des Solinger Fußballstadions, für die Schließung von zwei Veranstaltungssälen und von neun Schulen sowie für die Zusammenführung aller bisherigen Bürgerbüros. Dies gilt offensichtlich insbesondere für Stadtteileinrichtungen, die sonst kaum geschlossen werden, weil die Kommunalpolitik dezentrale Widerstände der Nutzer/innen fürchtet (24). Für die erstmalige Durchführung der Beteiligungsverfahren beliefen sich die Kosten verwaltungsexterner Dienstleistungen auf jeweils ca. 50.000 Euro. Haushaltskonsolidierung durch den Bürgerhaushalt wurde also sowohl in Essen als auch in Solingen realisiert, wobei die Kommunen, wie fast alle Großstädte in NRW, weiterhin massive Haushaltsprobleme haben. Der Bürgerhaushalt ist also kein »Wundermittel«, aber immerhin sind einige Sparvorschläge gemeinsam mit der Wählerschaft möglich.



Resümee

Durch die inhaltliche Ausrichtung der Bürgerbeteiligung auf die Haushaltskonsolidierung können Beteiligungsergebnisse anders als bei herkömmlichen Bürgerhaushalten auch unter restriktiven Haushaltsbedingungen umgesetzt werden. In Solingen hat diese öffentliche Resonanz in Verbindung mit den Abstimmungsergebnissen dazu geführt, dass das Ziel der Haushaltskonsolidierung einen größeren politischen Stellenwert bekommen hat. In einem veränderten politischen Diskussionsklima haben die Ratsmitglieder auch unter Berufung auf die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung potenziell konflikträchtige und seit vielen Jahren verschleppte Konsolidierungsmaßnahmen wie den Abriss des Fußballstadions und die Schließung von Veranstaltungssälen, Schulen und Bürgerbüros beschlossen.

Insgesamt ist also Haushaltskonsolidierung durch Bürgerhaushalte möglich und sie bieten im Vergleich zu den konventionellen Strategien der Bürgermeister und Haushaltsaufsicht, die durch hierarchische Steuerung kombiniert mit intransparenten Verhandlungen und Zeitdruck Konsolidierungsmaßnahmen gegen Bürgerwiderstände durchsetzen (25), mehr Transparenz und Partizipation. Beteiligungsverfahren, welche ausschließlich im Internet stattfinden, haben jedoch auch erhebliche Defizite, weil sie häufiger durch Mehrfachabstimmungen und Mobilisierung über Social Media von »Auswärtigen« manipuliert werden können (26). Deshalb empfiehlt es sich immer auch eine repräsentative Bürgerumfrage durchzuführen, die relativ kostengünstig erhoben werden kann (27). Die gerade im Zuge der Governance-Euphorie empfohlenen Runden Tische und dialogorientierten Bürgerforen wirken demgegenüber eher ausgabenexpansiv, weil hier Verbände mit Förderansprüchen überrepräsentiert sind und unorganisierte Bürger/innen sich nicht durch Konsolidierungsvorschläge in Kleingruppen unbeliebt machen wollen. Also auch hier empfehlen sich mit der Bürgerumfrage eher konventionelle Verfahren, die damit aber auch in vielen Kommunen einsetzbar sind, wenn sich die kommunalen Entscheidungsträger/innen darauf einlassen wollen. Damit ist sicherlich keine grundlegende Transformation der kommunalen Demokratie verbunden (28) und einen Sparbürgerhaushalt kann man sicherlich auch nicht beliebig häufig wiederholen (29), aber so ist zumindest der Bürgerhaushalt in der Fläche unter realen Bedingungen umsetzbar und bietet mehr Transparenz und Partizipation als die konventionellen Konsolidierungsstrategien.

Anmerkungen

(1) Kersting 2008: 271 f.; Walk 2008.

(2) Siehe: http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/nwbb_beitrag_nanz_kamlage_140724.pdf, S. 1.

(3) Kersting/Woyke 2012: 134.

(4) Holtkamp/Bathge 2012.



- (5) Dabei handelt es sich um einen Gemeinschaftsantrag von Prof. Dr. Lars Holtkamp (FernUniversität Hagen), Prof. Dr. Jörg Bogumil (Ruhr-Universität Bochum), Prof. Dr. Martin Junkernheinrich (Universität Kaiserslautern) und Prof. Dr. Uwe Wagschal (Universität Freiburg). Wir danken dem Forschungsteam für die Bereitstellung diverser Daten. Der vorliegende Aufsatz spiegelt ausschließlich die Position der beiden Autor/innen wider.
- (6) Wagschal 2014.
- (7) Abbing 2014: 59; Landua et al. 2013: 12.
- (8) Lenk et al. 2013.
- (9) Kodolitsch 1988: 10.
- (10) Windhoff-Heritier/Gabriel 1983: 145; Hervorg. im Original.
- (11) Klages/Daramus 2007.
- (12) Holtkamp/Bathge 2012.
- (13) Herzberg 2009: 113.
- (14) Holtkamp/Bathge 2014.
- (15) Franzke/Kleger 2010: 88.
- (16) Kodolitsch 1988: 9.
- (17) Sintomer et al. 2005; Holtkamp 2001.
- (18) Selle 2013: 278.
- (19) Siehe: <http://enquete-rlp.de/wp-content/uploads/2013/02/Vorlage-183-Gei%C3%9Fel.pdf>.
- (20) Die konkreten Zahlen hierzu lauten: $r=0,1119$; $p<0,001$ zu Kompetenz der Bürger; $r=-0,1522$ $p<0,001$ zur Aus-
höhlung Gemeinderat.
- (21) Vgl. im Folgenden Holtkamp/Bathge 2014.
- (22) »Sparkommissar Volk« in: Der Neue Kämmerer 5/2010: 1.
- (23) Vgl. Eisel 2012: 3.
- (24) Naßmacher 2010: 13 f.
- (25) Vgl. zur »Bombenwurfstrategie« Holtkamp 2010.
- (26) Vgl. zu weiteren Nachweisen Holtkamp/Bathge 2012, 2014.
- (27) Masser et al. 2013: 173.
- (28) Vgl. Herzberg 2009.
- (29) Herzberg 2013.



Literatur

Abbing, Stefan (2014): Kommunale Bürgerbeteiligung in deutschen (Groß-)Städten, Masterarbeit an der Fern-Universität Hagen, Ms.

Eisel, Stephan (2012): Online-Bürgerhaushalte als potemkinsche Dörfer. Thesenpapier zum Bundeskongress Politische Bildung 2012 der Bundeszentrale für Politische Bildung, 21.-23. Mai 2012 in Berlin.

http://www.bundeskongress-partizipation.de/wiki/images/3/32/Thesenpapier_Eisel.pdf (14.04.2014).

Franzke, Jochen/Kleger, Heinz (2010): Bürgerhaushalte – Chancen und Grenzen, Berlin.

Herzberg, Carsten (2009): Von der Bürger- zur Solidarkommune. Lokale Demokratie in Zeiten der Globalisierung, Hamburg.

Herzberg, Carsten (2013): Bürgerbeteiligung zur Stärkung von Demokratie – Bürgerhaushalte als Beispiel. Stellungnahme für die Enquetekommission »Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie« des Landtages von Rheinland-Pfalz. Sitzung am 1. März 2013 zum Thema »Bürgerhaushalte und offener Haushalt«. Mainz.

<http://enquete-rlp.de/wp-content/uploads/2013/02/Vorlage-188-Herzberg.pdf> (01.08.2014).

Holtkamp, Lars (2001): Der Bürgerhaushalt – Ein Konzept für Klein und Groß und Arm und Reich? In: Der Gemeindehaushalt 5/2001, 104-107.

Holtkamp, Lars (2010): Kommunale Haushaltspolitik bei leeren Kassen: Bestandsaufnahme, Konsolidierungsstrategien, Handlungsoptionen, Berlin.

Holtkamp, Lars/Bathge, Thomas (2012): Lokale Bürgerbeteiligung in der Haushaltskrise, in: Der moderne Staat 1/2012, 47-64.

Holtkamp, Lars/Bathge, Thomas (2014): Gutachten zum Umgang mit kommunalen Schulden, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag, Potsdam. http://www.fernuni-hagen.de/polis/download/1g4/gutachten_kommunale_schulden.pdf (14.07.2014).

Kersting, Norbert (2008): Evaluation dialogischer Beteiligungsinstrumente, in: Kersting, Norbert (Hg.): Politische Beteiligung, Wiesbaden, 270-293.

Kersting, Norbert/Woyke, Wichard (2012): Vom Musterwähler zum Wutbürger? Politische Beteiligung im Wandel, Münster.

Klages, Helmut/Daramus, Carmen (2007): »Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg« – Partizipative Haushaltsplanaufstellung, -entscheidung und -kontrolle im Bezirk Lichtenberg von Berlin, Speyerer Forschungsbericht 249, Speyer.



Kodolitsch, Paul von (1988): Blütenträume und Realität: Bilanz der Entwicklung, in: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hg.): Bürgerbeteiligung, Bürgermitwirkung, Bürgerselbsthilfe, Bonn, 9-14.

Landua, Detlef/Bock, Stephanie/Reimann, Bettina/Beckmann, Klaus J. (2013): Auf dem Weg, nicht am Ziel. Aktuelle Formen der Bürgerbeteiligung, Difu-Paper, Berlin.

Lenk, Thomas (2013): Optionen moderner Bürgerbeteiligung, Leipzig. http://www.wifa.uni-leipzig.de/fileadmin/user_upload/KOZE/Downloads/Optionen_moderner_Bu%CC%88rgerbeteiligungen_bei_Infrastrukturprojekten_.pdf (14.07.2014).

Masser, Kai/Pistoia, Adriano/Nitzsche, Philipp (2013): Bürgerbeteiligung und Web 2.0, Wiesbaden.

Naßmacher, Hiltrud (2010): Bürgerhaushalte: Instrumente gegen Finanznot?, in: Der Städtetag 6/10, 10-15.

Selle, Klaus (2013): Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Detmold.

Sintomer, Yves/Herzberg, Carsten/Röcke, Anja (2005): Participatory Budgets in a European Comparative Approach, Volume II, Hans-Böckler-Stiftung, Ms.

Wagschal, Uwe (2014): Ursachen kommunaler Haushaltsdefizite – Die Sicht der Bürgermeister, in: Haufe Rechnungswesen & Controlling in der öffentlichen Verwaltung: 131-150.

Walk, Heike (2008): Partizipative Governance – Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik, Wiesbaden.

Windhoff-Héritier, Adrienne/Gabriel, Oscar W. (1983): Politische Partizipation an der kommunalen Planung. Bürgerschaftliche Beteiligung nach dem Bundesbaugesetz und dem Städtebauförderungsgesetz, in: Gabriel, Oscar W. (1983): Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie, München, 126-156.



Autorinnen

Prof. Dr. Lars Holtkamp arbeitet am Lehrstuhl Politik und Verwaltung am Institut für Politikwissenschaft der FernUniversität in Hagen. Seit den 1990er Jahren forscht er zu Bürgerbeteiligung und Bürgerkommune und hat als Ratsmitglied einer Ruhrgebietskommune 25 Jahre Bürgerbeteiligung aktiv begleitet.

Kontakt

Prof. Dr. Lars Holtkamp
FernUniversität Hagen
Lehrgebiet: Politikwissenschaft IV: Politik und Verwaltung
58084 Hagen
E-Mail: Lars.Holtkamp@FernUni-Hagen.de
<http://www.fernuni-hagen.de/polis/lg4/team/lars.holtkamp.shtml>

Caroline Friedhoff (M.A.) hat Soziologie in Göttingen und Bielefeld studiert. Seit 2013 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Politik und Verwaltung am Institut für Politikwissenschaft der FernUniversität in Hagen. Ihre Forschungsschwerpunkte sind u. a. politische Partizipation.

Kontakt

Caroline Friedhoff, M.A. Soz.
FernUniversität Hagen
Lehrgebiet: Politikwissenschaft IV: Politik und Verwaltung
58084 Hagen
E-Mail: Caroline.Friedhoff@FernUni-Hagen.de
<http://www.fernuni-hagen.de/polis/lg4/team/caroline.kocik.shtml>

Redaktion eNewsletter

Stiftung Mitarbeit
Netzwerk Bürgerbeteiligung
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de